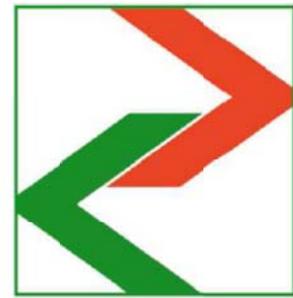




Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)
Asociación de Regiones Fronterizas Europeas (ARFE)
Association des régions frontalières européennes (ARFE)
Association of European Border Regions (AEBR)
Comunità di lavoro delle regioni europee di confine (AGEG)
Europæiske grænseregioners Arbejdsfællesskab (AGEG)
Wergemeenschap van Europese grensgebieden (WVEG)
Associação das Regiões Fronteiriças Europeias (ARFE)
Σύνδεσμος Ευρωπαϊκών Συνοριακών Περιφερειών (ΣΕΣΠ)
Stowarzyszenie Europejskich Regionów Granicznych (SERG)
Ассоциация Европейских Приграничных Регионов (АЕПР)



AGEG c/o EUREGIO · Enscheder Str. 362 · D-48599 Gronau

Stellungnahme der AGEG zum bundesdeutschen Vorhaben zur Einführung eines Mautsystems für PKW auf allen deutschen Straßen

Mit Beschluss ihrer Mitgliederversammlung vom 11. September 2014 in Rzeszów (Polen) spricht sich die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) gegen die Absicht des Bundesverkehrsministeriums aus, eine PKW-Maut auf **allen** deutschen Straßen einzuführen. Bisher liegt noch kein konkreter Gesetzesentwurf vor. Dennoch hält die AGEG es für notwendig, in dieser Angelegenheit jetzt Stellung zu beziehen.

Seit Jahrzehnten hat die AGEG mit europäischen und eigenen finanziellen Mitteln mit Erfolg versucht, Entwicklungsrückstände der Grenzregionen aufzuholen. Die Einführung der derzeit bekannt gewordenen Maut auf allen Straßen würde dem in Zukunft entgegenstehen und der Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit ein Hindernis entgegenstellen.

Die AGEG fordert deshalb, in der aktuellen Debatte die besonderen Bedürfnisse und Ziele der grenzübergreifenden Regionen zu berücksichtigen.

Grenzübergreifende Zusammenarbeit, wie sie in Europa entwickelt wurde, fand ihre Anfänge in den 50er Jahren an den deutschen Grenzen. Sie hat Vorbildfunktion für viele andere Grenzgebiete in Europa und auf anderen Kontinenten. Eine Maßnahme, wie die uns jetzt bekannte Einführung eines Mautsystems, ist nicht diskriminierungsfrei und würde einen Rückschritt für die Europäische Integration bedeuten.

In diesem Sinne fordert die AGEG die deutsche Regierung auf, das Thema vor dem Hintergrund der Bedenken der Grenzregionen nochmals zu überdenken.

Karl-Heinz Lambertz
Präsident der AGEG

Martín Guillermo Ramírez
Generalsekretär der AGEG